



Atomausstieg heißt ABSCHALTEN!
© campact.de

60 Jahre AKW-Laufzeiten? Nicht mit uns!

Der Plan von Teilen der Bundesregierung, Atomkraftwerke bis zu 60 Jahre am Netz zu lassen, erhöht massiv das Risiko zunehmender Störfälle.

Anstatt den Energieversorgern Zusatzgewinne durch längere AKW-Laufzeiten zuzuschancen, sollte die Regierung Abwrackprämien für Schrottreaktoren ausloben.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) warf der Bundesregierung vor, mit dem Plan, Atomkraftwerke bis zu 60 Jahren am Netz zu lassen, die Risiken zunehmender Störfälle massiv zu erhöhen. "Die Hardliner in der Bundesregierung scheinen sich durchzusetzen. Sollte es zu diesen langen Akw-Laufzeiten kommen, bedeutet dies völlig unabwägbar Gefahren für die Bevölkerung.

Hinzu kommt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien blockiert wird. Anstatt den Energieversorgern Zusatzgewinne aus längeren Akw-Laufzeiten zuzuschancen, sollte die Bundesregierung Abwrackprämien für Schrottreaktoren ausloben", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Um die nationalen und internationalen Klimaziele zu erreichen, sei bis Mitte dieses Jahrhunderts ein Umstieg auf 100 Prozent regenerative Energien erforderlich. Atomkraftwerke genauso wie neue Kohlemeiler stünden diesem Ziel im Weg. Sie bremsten Investitionen in erneuerbare Energien.

Die Grundlage für das im Herbst vorzulegende "Energiepolitische Gesamtkonzept" sollen nach Zeitungsberichten neuerdings Modellrechnungen mit Akw-Laufzeitverlängerungen um bis zu 28 Jahre sein. Sollte dies Realität werden, ginge erst nach 2050 das letzte Akw vom Netz.

Weiger: "Jedes weitere Jahr Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke bedeutet zusätzliche 450 Tonnen hochradioaktiven Atommüll. In 28 Jahren würde der Atommüll auf das Dreifache, das heißt auf über 18.000 Tonnen, wachsen. Angesichts der ungelösten Endlagerproblematik wird kommenden Generationen damit ein nicht vertretbares atomares Erbe aufgebürdet. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung wahrnehmen, Schaden von der

Bevölkerung abwenden und den Atomausstieg beschleunigen."

Der BUND organisiert gemeinsam mit anderen Verbänden und Bürgerinitiativen für den 24. April eine 120 Kilometer lange Aktions- und Menschenkette zwischen den Atommeilern Brunsbüttel und Krümmel gegen Laufzeitverlängerungen und für die Energiewende.

© Thorben Becker, BUND-Energieexperte

.....

Die neue Atomspaltung

Die Pläne der Koalitionsfraktionen, die Laufzeiten der Atomkraftwerke auf 60 Jahre zu erweitern, beschädigen nach Ansicht von Hubert Weinzierl, Präsident des DNR, und des für Energiefragen zuständigen DNR-Präsidiumsmitglieds, Michael Müller, den inneren Frieden.

Nach den Plänen der schwarz-gelben Koalition in Berlin sollen die 17 Atomkraftwerke in Deutschland 60 Jahre am Netz bleiben, so dass die nukleare Stromerzeugung erst im Jahre 2050 auslaufen wird. Nach Ansicht des DNR wollten CDU/CSU und FDP nicht einmal den alten Zustand wieder herstellen, der bis zum Ausstiegsgesetz von 2001 gegolten habe, sondern noch weit über die früheren Fristen hinausgehen. Die Atomkraftwerke in Deutschland seien bis 2001 auf eine Laufzeit von 40 Jahren ausgerichtet gewesen.

Selten habe eine Regierungskoalition sich so offen zum Interessenvertreter der Atomkonzerne gemacht. Die Verlängerung der Laufzeiten sei der Goldesel, um noch mehr Gewinne zu machen. Mit einer vernünftigen, innovativen und umweltverträglichen Energiepolitik habe das nichts zu tun. Die Energieeinsparung werde erschwert, weil die großen AKW nur dem Ziel folgten, ihre hohen Erzeugungskapazitäten möglichst auszulasten.

Seit dem Regierungswechsel würden atomkritische Positionen kalt gestellt: Zuerst die Besetzung der Stelle des BMU-Abteilungsleiters für Reaktorsicherheit, mit einem Atomlobbyisten, danach die Aufhebung des Gorleben-Moratoriums und die Kaltstellung des

Bundesamtes für Strahlenschutz.
© *DNR-Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen*

Quellen:

BUND 2010

Deutscher Naturschutzring 2010

Weitere Quelle:

www.sonnenseite.com